

Juristische Kurz-Lehrbücher

Zivilprozessrecht

Ein Studienbuch

von

Prof. Dr. Burkhard Hess, Friedrich Lent, Prof. Dr. Dr. h. c. Othmar Jauernig

30., völlig neu bearbeitete Auflage

[Zivilprozessrecht – Hess / Lent / Jauernig](#)

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

[Gesamtdarstellungen](#)



Verlag C.H. Beck München 2011

Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 406 60680 9

beck-shop.de

KURZLEHRBÜCHER
FÜR DAS JURISTISCHE STUDIUM

Jauernig/Hess
Zivilprozessrecht

beck-shop.de

Zivilprozessrecht

EIN STUDIENBUCH

von

Dr. Burkhard Hess

o. Professor an der Universität Heidelberg
Richter am OLG Karlsruhe

30., völlig neu bearbeitete Auflage

des von Friedrich Lent begründeten und von der 10. bis zur 29. Auflage
von Othmar Jauernig fortgeführten Werkes



Verlag C. H. Beck München 2011

beck-shop.de

Verlag C. H. Beck im Internet:
beck.de

ISBN 9783406606809

© 2011 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Nomos Verlagsgesellschaft
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Druckerei C. H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 30. Auflage

Othmar Jauernig hat die Bearbeitung der 30. Auflage des Lehrbuchs in meine Hände gelegt. Die Fortführung dieses anerkannten Werks, das in mehrere Sprachen übersetzt wurde, ist eine große und schöne Aufgabe. Viele Generationen deutscher Juristinnen und Juristen haben den „*Lent/Jauernig*“, später den „*Jauernig*“ als Referenz und Wegleitung im Zivilprozessrecht herangezogen. Wissenschaftliche Genauigkeit und dogmatische Festigkeit prägen die Darstellung seit Jahrzehnten. Diese Tradition will ich fortführen und dabei die wachsende methodische Öffnung und internationale Verflechtung des deutschen Zivilprozessrechts stärker einbeziehen. Das Lehrbuch soll unverändert seine wesentlichen Funktionen erfüllen. Als Lehrbuch ist es ein Lernbuch und zugleich ein Referenzwerk. Den studentischen Benutzern ist dabei folgender Hinweis zu geben: Die Verweise auf die Rechtsprechung sollten wörtlich verstanden werden. – Leserinnen und Leser sollten die entsprechenden Urteile lesen! Die Lektüre von Urteilen schärft das Problembewusstsein und fördert das Argumentationsvermögen – Eigenarten, die gute Juristinnen und Juristen ausmachen.

Von diesen Hinweisen abgesehen, möchte ich aus dem Vorwort der 1. Auflage (1947) Überlegungen zitieren, die auch die 30. Auflage des Lehrbuches leiten sollen:

„Die Darstellung beschränkt sich auf das Wesentliche und ermöglicht so ein genaueres Eingehen auf die Grundsätze des Prozessrechts. Damit will ich zugleich auf die Beseitigung des vielfach vorhandenen Vorurteils hinarbeiten, das Prozessrecht könne nicht Gegenstand theoretischer Betrachtung und akademischen Unterrichts sein, sondern sei ausschließlich Sache praktischer Erfahrung. Gewiss lässt sich die praktische Anwendung nur in der Praxis erlernen, aber ist dies viel anders auf den Gebieten des materiellen Rechts? Die Grundsätze des Verfahrensrechts muss jeder Jurist kennenlernen, schon (...) um zu wissen, mit welchen Mitteln die Rechtsordnung versucht, dem Recht zum Sieg zu verhelfen.

Das Verfahrensrecht ist in wesentlichen Teilen eng verknüpft mit Überzeugungen, die ihre Grundlage in außerrechtlichen Bezirken haben, in Staatsauffassung, Wirtschaft, Ethik. Vergessen wir nie, dass auch das Zivilprozessrecht ein Stück des großen Ringens um Gerechtigkeit verkörpert, dessen Bedeutung uns erst wieder so recht klar geworden ist, seit wir erleben mussten, wie Recht und Gerechtigkeit vernichtet wurden.

Darum habe ich gerade die Teile, in denen der Zusammenhang der rechtlichen Ordnung mit anderen Kulturgebieten in Erscheinung tritt, möglichst ausführlich behandelt, dafür die Abschnitte, in denen erst die Praxis die rechte Anschauung vermitteln vermag, kurz gehalten. In der Darstellung habe ich besonderes Gewicht darauf gelegt, möglichst viele Vorschriften aus einfachen Überlegungen heraus verständlich zu machen, denn je leichter das Begreifen ist, umso leichter das Erlernen.“

Jede Fortschreibung ändert das Lehrbuch, jeder Bearbeiter setzt eigene Akzente. Bei der 30. Auflage werden der Leserin/dem Leser vor allem die Umstellung auf Randnummern sowie die Einfügung von Überschriften und Fußnoten ins Auge fallen. Inhaltlich war vor allem das am 1. 9. 2009 in Kraft getretene FamFG zu berücksichtigen;

auch habe ich die Darstellung der europäischen und internationalen Bezüge des Zivilverfahrensrechts vertieft. Sämtliche Teile wurden fortgeschrieben und zum Stand des 31. 12. 2010 aktualisiert – in einigen Kapiteln habe ich auch weiter gehende Anpassungen vorgenommen – dies sollen weitere Auflagen fortführen. Über Anregungen und Kritik werde ich mich freuen. Die e-mail Adresse lautet: hess@ZPOLB.uni-heidelberg.de.

Zu danken habe ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Lehrstuhls für kritische Diskussionen, für Hilfe bei der Literaturrecherche und für das Korrekturlesen. Mein besonderer Dank gilt Herrn Dr. *Björn Laukemann* für konzeptionelle Diskussionen, Herrn *Robert Arts* für die EDV-Betreuung, Frau *Paulina Pavlova* für die Erstellung des Sachregisters und Frau *Henriette Beisel-Welti* für die umsichtige und professionelle Betreuung des Manuskripts.

Heidelberg, im Januar 2011

Burkhard Hess

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XIX
Literaturverzeichnis	XXV

1. Buch. Grundlegung

1. Kapitel. Begriff und Gegenstand des Zivilprozessrechts	1
§ 1. Die Aufgaben des Zivilprozesses	1
I. Die Zwecke des Zivilprozesses	1
II. Private Rechte und öffentliche Interessen im Zivilprozess	2
III. Der sog. soziale Zivilprozess	3
IV. Ausdifferenzierung der Konfliktbewältigung	4
§ 2. Das Zivilprozessrecht	6
I. Gegenstand des Zivilprozessrechts	6
II. Erkenntnisverfahren und Zwangsvollstreckung	7
III. Die Regelungsaufgaben des Zivilprozessrechts	8
IV. Zivilprozessrecht und Zivilrecht	9
V. Zivilprozessrecht als öffentliches Recht	9
VI. Rechtsquellen des Zivilprozessrechts	9
§ 3. Die Abgrenzung des Zivilprozesses von anderen Verfahren	11
I. Der Gegenstand des Zivilprozesses	11
II. Die Zuweisungsnorm des § 13 GVG	11
III. Bürgerlich-rechtliche und öffentlich-rechtliche Streitigkeiten	12
IV. Die Entscheidung über den Rechtsweg (§§ 17–17b GVG)	14
V. Ordentliche Gerichtsbarkeit und Arbeitsgerichtsbarkeit	17
VI. Zivilgerichtsbarkeit und Strafgerichtsbarkeit	18
VII. Streitige und freiwillige Gerichtsbarkeit	19
2. Kapitel. Deutsches Zivilprozessrecht im europäischen und internationalen Umfeld	21
§ 4. Deutsches und Europäisches Zivilprozessrecht	21
I. Europäisches Internationales Zivilprozessrecht	21
II. Gemeinschaftsrechtliche Vorgaben zur Ausgestaltung der nationalen Prozessrechte	24
III. Das Vorabentscheidungsverfahren nach Artikel 267 AEUV	24
§ 5. Die deutsche Zivilgerichtsbarkeit und das Völkerrecht	25
I. Völkerrechtliche Grundlagen der Gerichtsbarkeit	26
II. Völkerrechtliche Immunitäten	26
III. Vorrang völkerrechtlicher Streitbeilegung	28
IV. Internationale Rechtshilfe	29
§ 6. Deutsches Internationales Zivilprozessrecht	30
I. Die internationale Zuständigkeit	30
II. Internationale Rechtshängigkeit	33
III. Urteilsanerkennung nach §§ 328, 722f. ZPO	33

2. Buch. Die Subjekte des Verfahrens

3. Kapitel. Die Organe der Zivilrechtspflege	35
§ 7. Die Gerichte	35
I. Die rechtsprechende Gewalt	35
II. Der Aufbau der Zivilgerichtsbarkeit	36
III. Einzelrichter und Kollegialgerichte	36
IV. Die Geschäftsverteilung	37
§ 8. Die Richter	38
I. Berufsrichter und ehrenamtlicher Richter	39
II. Die Beteiligung ehrenamtlicher Richter	39
III. Berufsrichter in der Zivilgerichtsbarkeit	40
IV. Die Unabhängigkeit der Richter	41
§ 9. Sachliche und örtliche Zuständigkeit	45
I. Die sachliche Zuständigkeit	46
II. Die örtliche Zuständigkeit	47
§ 10. Funktionelle Zuständigkeit	50
§ 11. Angeordnete, vereinbarte und veranlasste Zuständigkeit	51
I. Zuständigkeitsbestimmung nach §§ 36f. ZPO	51
II. Gerichtsstandvereinbarungen	51
III. Die rügelose Einlassung	53
§ 12. Folgen der Unzuständigkeit	53
I. Prüfung von Amts wegen	53
II. Klageabweisung	54
III. Verweisung an das zuständige Gericht	54
IV. Die Verkenntung der sachlichen oder örtlichen Zuständigkeit	56
§ 13. Die Rechtshilfe	56
§ 14. Ausschluss und Ablehnung von Richtern	56
I. Zweck und Bedeutung	56
II. Die Ausschlussgründe nach § 41 ZPO	57
III. Ablehnungsgründe, § 42 ZPO	57
IV. Rechtsfolgen des Ausschlusses	58
§ 15. Urkundsbeamte, Rechtspfleger und Gerichtsvollzieher	59
I. Urkundsbeamte	59
II. Rechtspfleger	59
III. Gerichtsvollzieher	60
§ 16. Die Rechtsanwaltschaft	60
I. Anwaltzwang im Zivilprozess	61
II. Rechtsstellung und Zulassung	61
III. Die Selbstverwaltung der Anwaltschaft	63
IV. Das Verhältnis zum Mandanten	64
V. Europäische Rechtsanwälte	65
§ 17. Der Staatsanwalt im Zivilprozess	66
4. Kapitel. Die Parteien	67
§ 18. Der Parteibegriff	67
I. Problemstellung	67
II. Die Partei	67
III. Die Bedeutung der Parteistellung	68

Inhaltsverzeichnis

IX

IV. Der Parteibegriff	68
V. Der Kläger	69
VI. Das Zwei-Parteien-System	70
§ 19. Die Parteifähigkeit	71
I. Begriff	71
II. Erweiterungen der Parteifähigkeit gegenüber der Rechtsfähig- keit	72
III. Die Rechtsfolgen fehlender Parteifähigkeit	73
IV. Rechtsmittel	74
§ 20. Die Prozessfähigkeit	74
I. Definition	75
II. Prozessfähigkeit und Geschäftsfähigkeit	75
III. Bedeutung der Prozessfähigkeit	76
§ 21. Stellvertretung im Prozess und Postulationsfähigkeit	78
I. Der Begriff der Stellvertretung	78
II. Die gesetzliche Stellvertretung	78
III. Die rechtsgeschäftliche Stellvertretung	78
IV. Die Prozessvollmacht	81
V. Das Fehlen der Vertretungsmacht	82
§ 22. Sachlegitimation und Prozessführungsbefugnis	83
I. Die Sachlegitimation	83
II. Die Prozessführungsbefugnis	84
III. Gesetzliche Prozessstandschaft	85
IV. Die gewillkürte Prozessstandschaft	86
V. Mängel der Prozessführungsbefugnis	87
3. Buch. Der Gang des Verfahrens	
§ 23. Der normale Verlauf des Prozesses	88
I. Vorprozessuale Vorbereitung	88
II. Klagerhebung und Vorbereitung der Hauptverhandlung	89
III. Die mündliche Verhandlung	90
IV. Die Beschleunigung des Verfahrens	91
V. Die Beendigung des Verfahrens	92
5. Kapitel. Die Grundsätze des Verfahrens	93
§ 24. Die Dispositionsmaxime	93
I. Privatautonomie und Parteiherrschaft	93
II. Dispositionsmaxime und Klageeinleitung	93
III. Dispositionsmaxime und Streitgegenstand	94
IV. Dispositionsmaxime im laufenden Prozess	95
§ 25. Die Verhandlungsmaxime	95
I. Die Rechtsfindung des Gerichts	95
II. Die Beibringung der Tatsachen	96
III. Die Verhandlungsmaxime in der ZPO	97
IV. Die praktische Durchführung der Beibringungsmaxime	98
V. Die richterliche Frage- und Aufklärungspflicht	100
VI. Rechtspolitische Bewertung	102
VII. Die Prüfung von Amts wegen	104
§ 26. Die Parteipflichten, insbesondere die Wahrheitspflicht	105
I. Prozessuale Pflichten	105
II. Die prozessuale Wahrheitspflicht	106

III. Die Vollständigkeitspflicht, § 138 I ZPO	106
IV. Prozessuale Aufklärungspflichten?	107
§ 27. Mündlichkeit und Öffentlichkeit	109
I. Die rechtspolitische Ausgangslage	109
II. Schriftliche und mündliche Prozesshandlungen	109
III. Unmittelbarkeit	111
IV. Öffentlichkeit	111
§ 28. Die Beschleunigung des Verfahrens	114
I. Das rechtspolitische Anliegen	114
II. Präklusion verspäteten Vorbringens	115
III. Die einheitliche mündliche Verhandlung	120
IV. Die Entscheidung nach Lage der Akten, § 251 a ZPO	120
§ 29. Das rechtliche Gehör	121
I. Die Bedeutung der Gehörswahrung	121
II. Rechtliches Gehör und faires Verfahren	121
III. Rechtsbehelfe gegen die Versagung des rechtlichen Gehörs	122
IV. Rechtliches Gehör und Rechtsgespräch	124
§ 30. Die Prozesshandlungen der Parteien	124
I. Prozessuale Rechtsgeschäfte	124
II. Prozesshandlungen der Parteien	125
III. Prozesshandlungen und Rechtsgeschäfte	125
IV. Die Vornahme materieller Rechtsgeschäfte im Prozess	127
V. Die Regelung der Parteiprozesshandlungen	127
VI. Fehlerhafte Parteiprozesshandlungen	129
§ 31. Versäumung und Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	130
I. Versäumung einer Prozesshandlung	130
II. Die Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand	131
III. Das Wiedereinsetzungsverfahren	131
6. Kapitel. Voraussetzungen, Arten und Gegenstand des Rechtsschutzes	133
§ 32. Das Prozessrechtsverhältnis	133
§ 33. Die Prozessvoraussetzungen	134
I. Zulässigkeit und Begründetheit der Klage	134
II. Unterschiedliche Prozessvoraussetzungen	135
III. Die prozessuale Behandlung der Prozessvoraussetzungen	136
IV. Prozessuale Behandlung der Prozesshindernisse	137
V. Regelungsdefizite des geltenden Rechts	138
§ 34. Die Klagearten der ZPO	139
I. Die Leistungsklage	139
II. Die Feststellungsklage	140
III. Gestaltungsklagen	142
IV. Die Klage auf Abgabe einer Willenserklärung	143
§ 35. Das Rechtsschutzinteresse	143
I. Die Funktion des Rechtsschutzinteresses	144
II. Das Rechtsschutzinteresse der Leistungsklage	145
III. Das besondere Feststellungsinteresse der Feststellungsklage	147
IV. Das Rechtsschutzinteresse bei Gestaltungsklagen	149
§ 36. Der Rechtsschutzanspruch	149
§ 37. Der Streitgegenstand	150
I. Die Regelungsaufgaben des Streitgegenstands	150

Inhaltsverzeichnis XI

II. Unterschiedliche Konstellationen	151
III. Die Bedeutung der zivilrechtlichen Konkurrenzlehre	153
IV. Der zweigliedrige Streitgegenstandsbegriff	155
V. Die eingliedrige Streitgegenstandslehre	156
VI. Stellungnahme	156
VII. Streitgegenstand und Rechtsschutzziel	157
7. Kapitel. Die Klage	159
§ 38. Wesen und Form der Klage	159
I. Die Funktion der Klage	159
II. Die Klagerhebung	159
III. Klagerhebung im rechtshängigen Verfahren	162
§ 39. Der Inhalt der Klage	162
I. Überblick	162
II. Der notwendige Inhalt der Klageschrift	162
III. Der Soll-Inhalt der Klage.	165
IV. Die fehlerhafte Klagerhebung	165
§ 40. Die Rechtshängigkeit	165
I. Begriff und Wirkungen	165
II. Der Einwand der Rechtshängigkeit	166
III. Bürgerlichrechtliche Wirkungen der Rechtshängigkeit	167
IV. Rechtshängigkeit und Rechtsweg	167
V. Europäische Rechtshängigkeit	167
VI. Internationale Rechtshängigkeit	168
§ 41. Die Klageänderung	168
I. Begriff	168
II. Abgrenzungen	168
III. Die Zulässigkeit der Klageänderung	170
IV. Die prozessuale Behandlung der Klageänderung	170
§ 42. Zurücknahme der Klage und Erledigung der Hauptsache	171
I. Begriff der Klagerücknahme	171
II. Die Wirkungen der Klagerücknahme	171
III. Voraussetzungen und Form der Klagerücknahme	172
IV. Vereinbarung über die Rücknahme der Klage	173
V. Die Erledigung der Hauptsache	173
8. Kapitel. Die Einlassung des Beklagten	175
§ 43. Die Verteidigung des Beklagten	175
I. Die Verhandlungslast des Beklagten	175
II. Verteidigungsoptionen des Beklagten	175
III. Die Einreden im Sinne der ZPO	176
IV. Reaktionsmöglichkeiten des Klägers	177
V. Die Einlassung zur Hauptsache	177
§ 44. Das Geständnis	178
I. Der Begriff des Geständnisses	178
II. Die Form des Geständnisses	179
III. Die Wirkungen des Geständnisses	179
IV. Nichtbestreiten, § 138 III ZPO	180
V. Die Erklärung mit Nichtwissen	180

§ 45. Die Prozessaufrechnung	180
I. Die Aufrechnung im und außerhalb des Prozesses	180
II. Die Eventualaufrechnung	181
III. Der prozessuale Status der Gegenforderung	182
IV. Die prozessuale Behandlung der Aufrechnungseinrede	183
§ 46. Die Widerklage	185
I. Begriff	185
II. Konnexität der Widerklage	185
III. Die Voraussetzungen der Widerklage	186
IV. Die Erhebung der Widerklage	187
V. Die Entscheidung über die Widerklage	187
§ 47. Anerkenntnis und Klageverzicht	187
I. Begriffe	187
II. Abgrenzungen	188
III. Das Anerkenntnis	188
IV. Der Klageverzicht	189
V. Die Lösung von Anerkenntnis und Verzicht	189
§ 48. Der Prozessvergleich	189
I. Die gütliche Beilegung des Rechtsstreits	190
II. Die Tatbestandsmerkmale	191
III. Prozessvergleich als Prozessvertrag	191
IV. Materiellrechtliche Wirksamkeitserfordernisse	192
V. Die Wirkungen des Prozessvergleichs	192
VI. Der unwirksame Prozessvergleich	193
VII. Zum rechtspolitischen Nutzen des Prozessvergleichs	194
VIII. Der außergerichtliche Vergleich	194
9. Kapitel. Der Beweis	195
§ 49. Funktion und Gegenstand des Beweises	195
I. Die Bedeutung der Beweisaufnahme	195
II. Unterschiedliche Arten des Beweises	195
III. Die Beweismittel	197
IV. Beweiswürdigung	197
V. Der Gegenstand des Beweises	199
VI. Die Beweisbedürftigkeit	200
§ 50. Behauptungslast und Beweislast	202
I. Die Behauptungslast	202
II. Die objektive Beweislast	202
III. Die Bedeutung der Beweislast	203
IV. Die Grundregel der Beweislastverteilung	203
V. Der Beweis des ersten Anscheins	205
VI. Gesetzliche Vermutungen	206
VII. Die Umkehr der Beweislast	206
§ 51. Das Beweisverfahren	208
I. Der Beweisantritt	208
II. Die Anordnung der Beweisaufnahme	209
III. Die Ablehnung des Beweisantrags	210
IV. Die Durchführung der Beweisaufnahme	211
V. Das Beweisverfahren	212
VI. Das selbständige Beweisverfahren	212

§ 52. Der Augenschein	213
I. Begriff	213
II. Die prozessuale Pflicht zur Duldung des Augenscheins	214
§ 53. Der Zeugenbeweis	215
I. Begriff	215
II. Die allgemeine Zeugnispflicht	216
III. Zeugnisverweigerungsrechte	216
IV. Die Eidespflicht des Zeugen	217
V. Die Durchführung der Zeugenvernehmung	218
VI. Rechtspolitische Bewertung	218
§ 54. Der Sachverständigenbeweis	219
I. Begriff und Abgrenzungen	219
II. Die Rechtstellung des Sachverständigen	220
III. Die Pflichten des Sachverständigen	221
IV. Die prozessuale Verwertung des Gutachtens	222
§ 55. Der Urkundenbeweis	222
I. Begriff der Urkunde	222
II. Unterschiedliche Arten von Urkunden	223
III. Der Beweisantritt beim Urkundenbeweis	223
IV. Die Echtheit der Urkunde	225
V. Die formelle Beweiskraft der Urkunde	225
VI. Die Beweisvereitelung	226
VII. Die rechtspolitische Bedeutung des Urkundenbeweises	226
§ 56. Die Parteivernehmung	227
I. Rechtspolitische Wertungen	227
II. Die gesetzliche Regelung	227
III. Die Anordnung der Parteivernehmung	228
IV. Mögliche Aussagepersonen	229
V. Kritik der gesetzlichen Regelung	229
10. Kapitel. Das Urteil	231
§ 57. Die gerichtlichen Entscheidungen	231
I. Unterschiedliche Arten gerichtlicher Entscheidungen	231
II. Rechtsfolgen der Unterscheidung	231
§ 58. Der Erlass des Urteils	232
I. Der Erlass des Urteils	232
II. Form und Inhalt des Urteils	234
III. Änderungen und Ergänzungen des Urteils	236
§ 59. Unterschiedliche Arten von Urteilen	237
I. Die gängigen Einteilungen	237
II. Zwischenurteile	238
III. Vorabentscheidung über den Grund des Anspruchs, § 304 ZPO ...	238
IV. Voll- und Teilurteile	239
V. Vorbehaltsurteile	241
§ 60. Mängel des Urteils	242
I. Das Nichturteil	242
II. Wirkungslose Urteile	242
III. Andere Urteilsängel	243
§ 61. Die Urteilswirkungen	243
I. Innerprozessuale Bindungswirkung	243

II. Die formelle Rechtskraft	244
III. Wirkungen der formellen Rechtskraft	244
IV. Tatbestandswirkungen	244
§ 62. Die materielle Rechtskraft	245
I. Zweck	245
II. Rechtskrafttheorien	246
III. Präklusion späteren Vorbringens	248
IV. Weiter gehende Bindungswirkungen	248
§ 63. Die Grenzen der Rechtskraft	249
I. Die objektiven Grenzen	249
II. Die Folgen der objektiven Grenzen der Rechtskraft	251
III. Die subjektiven Grenzen der Rechtskraft	253
IV. Die zeitlichen Grenzen der Rechtskraft	255
V. Die Rechtskraft bei Urteilen auf wiederkehrende Leistungen	256
§ 64. Die Durchbrechung der Rechtskraft	258
I. Gesetzliche Voraussetzungen	258
II. Erweiterung durch die Rechtsprechung	259
III. Beseitigung der Gestaltungswirkung	262
§ 65. Die Gestaltungswirkung	262
I. Begriff und Eigenarten	262
II. Die materielle Rechtskraft der Gestaltungsurteile	263
11. Kapitel. Besondere Entwicklungen des Verfahrens	264
§ 66. Das Versäumnisverfahren	264
I. Die Voraussetzungen der Säumnis	264
II. Der Erlass des Versäumnisurteils	265
III. Der Ausschluss des Versäumnisurteils	267
§ 67. Der Einspruch	268
I. Die Rechtsnatur des Einspruchs	268
II. Die Einlegung des Einspruchs	268
III. Die Entscheidung über den Einspruch	269
§ 68. Die praktische Bedeutung des Versäumnisverfahrens	270
§ 69. Der Prozess vor dem Amtsgericht	271
I. Prozesse vor dem Amts- und vor dem Landgericht	271
II. Abweichungen vom Verfahren vor den Landgerichten	272
III. Das Europäische Bagatellverfahren	273
§ 70. Entscheidungen ohne mündliche Verhandlung	274
I. Übersicht	274
II. Schriftliches Verfahren nach § 128 II ZPO	274
III. Die Verwerfung des Einspruchs gegen das Versäumnisurteil	275
IV. Urteil im schriftlichen Vorverfahren	275
§ 71. Das Verfahren vor dem Einzelrichter	275
I. Der zunehmende Einsatz des Einzelrichters	275
II. Die Rechtsstellung des Einzelrichters	275
III. Der Einzelrichter beim Landgericht (erste Instanz)	276
IV. Der Einzelrichter in der Berufungsinstanz	277
V. Der Einzelrichter im Beschwerdeverfahren, § 568 ZPO	278
VI. Der vorbereitende Einzelrichter	279

12. Kapitel. Rechtsmittel und Wiederaufnahme des Verfahrens	280
§ 72. Die Rechtsmittel im Allgemeinen	280
I. Begriff	280
II. Unterschiedliche Ausgestaltung von Rechtsmitteln	280
III. Die rechtspolitische Bedeutung der Rechtsmittel	281
IV. Zulässigkeit und Begründetheit des Rechtsmittels	282
V. Die Beschwerde des Rechtsmittelführers	283
VI. Anschlussrechtsmittel	285
VII. Der Rechtsmittelverzicht	286
VIII. Das Verbot der „Verböserung“ (reformatio in peius)	287
IX. Die sog. Meistbegünstigung	287
X. Die Rechtsbehelfsbelehrung im Zivilprozess	287
§ 73. Die Berufung	288
I. Statthaftigkeit	288
II. Die Einlegung der Berufung	288
III. Die Berufungsbegründung	289
IV. Die Zulässigkeitsprüfung	291
V. Der Verlauf des Berufungsverfahrens	294
VI. Die Entscheidungen des Berufungsgerichts	296
VII. Das Versäumnisverfahren in der Berufungsinstanz	297
§ 74. Die Revision	297
I. Revisionszwecke	298
II. Statthaftigkeit	298
III. Die Zuständigkeit des BGH (§ 133 GVG)	302
IV. Die Einlegung der Revision	302
V. Die Zulässigkeitsbegründung der Revision	303
VI. Der Verlauf des Revisionsverfahrens	303
VII. Die Entscheidung des Revisionsgerichts	306
§ 75. Die Beschwerde	308
I. Allgemeines	308
II. Die sofortige Beschwerde	308
III. Die Rechtsbeschwerde	310
IV. Die außerordentliche Beschwerde	311
§ 76. Die Wiederaufnahme des Verfahrens	312
I. Funktion und Begriff	312
II. Nichtigkeits- und Restitutionsklage	313
III. Die Erhebung der Klagen	315
IV. Der Verfahrensgang	315
V. Die Entscheidung im Wiederaufnahmeverfahren	316
VI. Rechtsmittel	316
VII. Die Wiederaufnahme gegen Gestaltungsurteile	316
13. Kapitel. Der äußere Fortgang des Verfahrens	317
§ 77. Die Prozessleitung des Gerichts	317
§ 78. Güteverhandlung und mündliche Verhandlung	319
I. Die Güteverhandlung	319
II. Der Haupttermin	320
III. Protokollierung der Verhandlung	320
§ 79. Zustellungen, Ladungen, Fristen	321
I. Begriff	321

II. Die Zustellung auf Betreiben der Parteien	323
III. Die Zustellung von Anwalt zu Anwalt, § 195 ZPO	323
IV. Grenzüberschreitende Zustellungen im Europäischen Justizraum	323
V. Die Wirkungen der Zustellung	324
VI. Termine	325
VII. Fristen	325
§ 80. Der Stillstand des Verfahrens	326
I. Fallgruppen des Verfahrensstillstands	326
II. Die Unterbrechung des Verfahrens	326
III. Das Ende der Unterbrechung	327
IV. Rechtsbehelfe des Prozessgegners	327
V. Die Aussetzung des Verfahrens (§§ 246 ff. ZPO)	328
VI. Das Ruhen des Verfahrens	328
VII. Die Rechtsfolgen des Verfahrensstillstands	328
 4. Buch. Besondere Gestaltungen des Verfahrens	
14. Kapitel. Mehrheit der Parteien oder der Klagen	330
§ 81. Die einfache Streitgenossenschaft	330
I. Begriff und Fallgruppen	330
II. Entstehungszeitpunkt	331
III. Wirkungen der Streitgenossenschaft	331
§ 82. Die notwendige Streitgenossenschaft	332
I. Begriff und Fallgruppen	332
II. Die prozessrechtlich notwendige Streitgenossenschaft (§ 62 I 1. Alt. ZPO)	333
III. Die materiellrechtlich notwendige Streitgenossenschaft (§ 62 I 2. Alt. ZPO)	334
IV. Die prozessuale Durchführung der notwendigen Streitgenossen- schaft	334
§ 83. Die Nebenintervention	335
I. Die freiwillige Beteiligung Dritter am Rechtsstreit	335
II. Die Voraussetzungen der Nebenintervention	336
III. Der Beitritt des Nebenintervenienten	337
IV. Die Stellung des Nebenintervenienten im Prozess	337
V. Die Interventionswirkung	338
VI. Die Streitgenössische Nebenintervention	339
§ 83 a. Das Musterverfahren in kapitalmarktrechtlichen Streitigkeiten	339
I. Der Anlass des Gesetzes	340
II. Das Verfahren nach dem KapMuG	340
III. Die prozessuale Durchsetzung von Streuschäden	342
§ 84. Die Streitverkündung	343
I. Die veranlasste Beteiligung Dritter am Rechtsstreit	343
II. Der Beitritt des Dritten	344
§ 85. Hauptintervention und Prätendentenstreit	344
I. Die Hauptintervention	344
II. Prätendentenstreit	344
III. Urheberbenennung, §§ 76 f. ZPO	345
§ 86. Der Parteiwechsel	345
I. Der gesetzliche Parteiwechsel	345

II. Der gewillkürte Parteiwechsel	346
III. Die Parteierweiterung	347
§ 87. Die Veräußerung des streitbefangenen Gegenstands	348
I. Problemstellung	348
II. Der Verlust der Sachlegitimation	349
III. Der Regelfall	349
IV. Sonderfälle	350
§ 88. Die objektive Klagenhäufung	351
I. Kumulative Klagenhäufung	351
II. Alternative Klagenhäufung	352
III. Die Eventualhäufung	352
15. Kapitel. Besondere Verfahrensarten	354
§ 89. Der Urkunden- und Wechselprozess	354
I. Besonderheiten des Urkundenprozesses	354
II. Zugelassene Beweismittel	355
III. Das Urteil im Urkundenprozess	355
§ 90. Das Mahnverfahren	356
I. Praktische Bedeutung	356
II. Der Gang des Verfahrens	357
III. Zulässigkeit	358
IV. Der Mahnbescheid	359
V. Widerspruch gegen den Mahnbescheid (§ 694 ZPO)	359
VI. Der Vollstreckungsbescheid	360
VII. Das Europäische Mahnverfahren	361
§ 91. Das Verfahren in Familiensachen	362
I. Der Regelungsbereich des FamFG	362
II. Das Verfahren in Ehesachen	364
III. Der Scheidungsverbund	368
IV. Familiensachen und Familienstreitsachen	369
16. Kapitel. Das Schiedsverfahren	372
§ 92. Die Regelungen des 10. Buches der ZPO	372
I. Die Rechtsnatur der Schiedsgerichtsbarkeit	372
II. Inländische und ausländische Schiedsverfahren	374
III. Die Schiedsvereinbarung	374
IV. Das Schiedsverfahren	376
V. Der Schiedsspruch	377
 5. Buch. Kostenwesen und Prozessfinanzierung	
17. Kapitel. Das Kostenwesen	380
§ 93. Gerichtliche und außergerichtliche Kosten	380
I. Übersicht	380
II. Die Gerichtskosten	381
III. Kostenschuldner	381
IV. Der Erstattungsanspruch	381
V. Die Kostenerstattung nach bürgerlichem Recht	382
VI. Die Entscheidung über die Kostenerstattung	382
VII. Die Prozesskostensicherheit	383

18. Kapitel. Prozesskostenhilfe und Prozessfinanzierung	384
§ 94. Die Prozesskostenhilfe	384
I. Prozesskostenhilfe und Justizgewährung	384
II. Voraussetzungen der Prozesskostenhilfe	384
III. Das Bewilligungsverfahren	386
IV. Die Bedeutung der Bewilligung	386
V. Europäische Prozesskostenhilfe	387
§ 95. Die Prozessfinanzierung	388
Sachverzeichnis	391